



Landserromantik und eine MP 40 (Wehrmachts-Maschinenpistole) als Deko im Aufenthaltsraum des Jägerbataillons 291 der Bundeswehr in Illkirch

Foto: dpa/Patrick Seeger

NACHRICHTEN

BAMF baut trotz hohen Arbeitsaufkommens Stellen ab

Berlin. Das Flüchtlingsbundesamt (BAMF) baut trotz hohen Arbeitsaufkommens offenbar Stellen ab. Wie die »Welt am Sonntag« berichtete, sank die Mitarbeiterzahl von gut 9700 Anfang Dezember auf rund 7900 Anfang April. Grund seien zeitlich befristete Abordnungen, die nun ausgelaufen seien. Laut der Zeitung gab es Ende März noch 278 000 offene Asylverfahren. Zudem überprüft die Behörde nach dem Auffliegen des als Flüchtling getarnten Bundeswehrosoldaten Franco A. noch rund 2000 bereits abgeschlossene Asylverfahren, wie eine Sprecherin der Zeitung sagte. *dpa/nd*

CSU schickt Herrmann ins Rennen

Germering. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann führt die CSU als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl. 98,4 Prozent der Delegierten stimmten am Samstag auf einem CSU-Listenparteitag in Germering bei München für den 60-Jährigen. Die CSU hat vorgeschlagen, dass Herrmann im Falle eines Wahlsiegs Bundesinnenminister wird. Die Personalie sei kein Angriff auf CDU-Amtsinhaber Thomas de Maizière, sagte CSU-Chef Horst Seehofer. »Joachim Herrmann ist ein Angebot für etwas, nicht gegen etwas oder jemanden.« *dpa/nd*

750 Rechtsextremisten haben Waffenschein

Berlin. Bundesweit besitzen 750 Rechtsextremisten einen Waffenschein. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Martina Renner hervor, wie die »Welt am Sonntag« berichtete. Die Zahl der legalen Schusswaffenbesitzer aus der rechten Szene hat sich damit weiter erhöht, 2014 sollen noch rund 400 Rechtsextremisten eine solche Erlaubnis besessen haben. *dpa/nd*

Plätze in Gefängnissen werden knapp

Berlin. Vielerorts in Deutschland werden die Plätze in Gefängnissen knapp. In Sachsen, Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sitzen in einzelnen Justizvollzugsanstalten derzeit mehr Inhaftierte als ursprünglich vorgesehen, wie eine dpa-Umfrage ergab. Hafträume müssen deshalb doppelt belegt werden. Sächsische Staatsanwaltschaften prüfen, ob ausländische Täter aus EU-Ländern ihre Strafe im Heimatland absitzen können. In Bayern und Bremen sind Haftanstalten fast an der Kapazitätsgrenze. In Thüringen geht hingegen die Zahl der Gefangenen zurück. *dpa/nd*

ANZEIGE

Das Blättchen
Zweimonatlich für Politik, Kunst und Wirtschaft

Nr. 10/2017 - u.a. mit diesen Beiträgen:

HENRY-MARTIN KLEMT
Ballade von der Heimkehr
meines Vaters aus dem Krieg

OTFRIED NASSAUER
Eurofighter für Wien

GABRIELE MUTHESIUS
NSU: 27 Tote
und von den Tätern keine Spuren

Im Internet: www.das-blaetchen.de
PDF-Abo ab 33,80 Euro
oder eBook-Abo ab 57,20 Euro

»Strahlende Helden«, vom »Führer« geliebt

Von der Leyens Aussagen zum Trotz: In der Bundeswehr herrscht weiterhin eine zweifelhafte Erinnerungskultur

In vielen deutschen Kasernen stehen Wehrmachtsoldaten als Namensgeber immer noch hoch im Kurs. Kritik daran gibt es oft, doch ernsthafte Anstrengungen zur Veränderung halten sich in Grenzen.

Von Roland Lory

»Die Wehrmacht ist in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr.« Eine kühne Behauptung, die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) anlässlich eines Besuchs in Illkirch von sich gab, wo der kürzlich wegen Anschlagplänen festgenommene mutmaßliche Rechtsterrorist Franco A. stationiert war und wo auch Wehrmachtsdevotionalien gefunden wurden. Denn es haben zwar in den vergangenen Jahren einige nach Nazis und »Kriegshelden« benannte Kasernen einen neuen Namen erhalten. Doch es gibt nach wie vor Fälle, bei denen ein solcher Schritt aussteht.

Eigentlich wäre es ganz einfach: »Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.« So steht es im aktuellen Traditionserlass der Bundeswehr aus dem Jahr 1982. Die Wirklichkeit sieht mancherorts freilich nach wie vor anders aus. Etwa im niedersächsischen Rotenburg (Wümme). Die dortige Kaserne ist immer noch nach Oberst Helmut Lent benannt. Am 22. Juni 1944, am dritten Jahrestag des An-

griffs auf die Sowjetunion, gab der Nachtjägerpilot Durchhalteparolen aus: »Wir sind in der entscheidenden Phase dieses Krieges angelangt. Durch den Einsatz unserer neuen Waffen ist das Vertrauen nicht nur des deutschen Menschen in der Heimat, sondern auch des deutschen Soldaten an der Front zur Führung und vor allem auch zum Endsieg unerhört gewachsen. Ich bin gewiss, dass der Endsieg nicht mehr fern ist.«

Lent starb 1944 den »Fliegertod«. Die Gedenkrede des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Hermann Göring, abgedruckt im »Völkischen Beobachter«, glich einem Loblied: »Unser Lent war ein begeisterter Soldat, ein harter und zäher Kämpfer, ein strahlender Held. Er war aber nicht nur Soldat, nicht nur Kämpfer, er war auch ein leidenschaftlicher Anhänger unserer nationalsozialistischen Weltanschauung und auch hier Erzieher und Vorbild seiner Männer.« Zu Kriegsbeginn am 1. September 1939 hatte der Wehrmachtsflieger geäußert: »Jeder von uns weiß, dass heute ein schicksalschwerer Abschnitt Weltgeschichte beginnt, der nicht mit Worten und auf Papier, sondern mit Blut geschrieben wird.«

Zwar hatte der Inspekteur des Heeres schon 2013 angeregt, eine Umbenennung der Lent-Kaserne zu prüfen. Doch die Tilgung des Namens lässt auf sich warten. Allerdings findet sich in der aktuellen

Standortbroschüre von Rotenburg kein Hinweis mehr auf den Kasernenpatron. In der Ausgabe von 1995 huldigte man ihm noch: »Oberst Helmut Lent, Kommodore des Nachtjagdgeschwaders 3, war mit 110 Abschüssen und ca. 300 Feindflügen Inhaber der höchsten Tapferkeitsauszeichnung, des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten. Er war als Nachtjäger das, was Oberst Mölders für die Tagjagd war,

Im Februar 2017 wurde die Informationsseite zu Lent von der Homepage des Vereins Casinos Rotenburg entfernt. Zuvor waren dort Fotos mit Hakenkreuz zu sehen.

ein Leitbild für die gesamten Nachtjäger.« Im Februar 2017 wurde dann die Informationsseite zu Lent von der Homepage des Vereins Casinos Rotenburg entfernt. Zuvor waren dort Fotos mit Hakenkreuz zu sehen, die nicht abgeklebt waren.

Angeblieh soll bald eine Entscheidung zum Kasernennamen fallen. Abgeordnete der Bundestagsfraktion der Linkspartei haben kürzlich in der Causa Lent eine kleine Anfrage ein-

gereicht. Wobei in Rotenburg ohnehin ein völkischer Mief zu herrschen scheint: Der Altnazi-Unterstützungsverein Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte hielt dort im Januar seine Jahresversammlung ab. Früher hatte die Organisation ihr Büro in der Lent-Kaserne.

Eine weitere Altlast ist im ebenfalls niedersächsischen Delmenhorst zu finden. Die dortige Kaserne trägt nach wie vor den Namen des Russenpanzerknackers Dirk Lilienthal. Dabei spricht folgende Passage aus einem Gutachten des Militärgeschichtlichen Forschungsamts eigentlich Bände: »Sein militärischer Einsatz diente der gewaltsamen Durchsetzung der rasseideologischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes, das vor allem auf dem ost- und südeuropäischen Kriegsschauplatz den Massenmord an den europäischen Juden, die Vernichtung des jüdischen Bolschewismus«, betrieb.«

Kommen wir nach Appen-Uetersen (Schleswig-Holstein), wo ein Militärareal nach Hauptmann Hans-Joachim Marseille (»Stern von Afrika«) benannt ist. Das Grundgesetz war längst in Kraft, als folgende Huldigung erschien: »Sein Jungengesicht trug edle Züge, aber seine Augen hatten den Glanz des Wissenden um Leben und Tod. Selten wird es einen solchen Piloten geben, einen Flieger, der vom Feinde so gefürchtet, von seinen Freunden so verehrt, von sei-

nem Volk so geliebt wird.« Auch Adolf Hitler liebte Marseille. Er verlieh ihm das Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten.

Es gibt weitere Fälle fragwürdiger Traditionspflege in den deutschen Streitkräften. In Lebach im Saarland steht etwa die Graf-Haeseler-Kaserne. Patron ist der preußische Generalfeldmarschall Gottlieb von Haeseler (1836-1919). Der Krieg – für ihn eine Kraft der Erneuerung: »Es ist notwendig, dass unsere Zivilisation ihren Tempel auf Bergen von Leichen, auf einem Ozean von Tränen und auf dem Röcheln von unzähligen Sterbenden errichten wird.«

Einer, der seit Jahren die Traditionspflege der Bundeswehr anprangert, ist Jakob Knab, Sprecher der »Initiative gegen falsche Glorien«. Anlässlich der Äußerungen der Verteidigungsministerin zur Wehrmacht verweist der pensionierte Studiendirektor unter anderem auf die Admiral-Johannesson-Büste. Sie ist in der Aula der Marineschule Mürwik (Schleswig Holstein) ausgestellt. Für Knab ein Unding: »Noch am 21. April 1945 bestätigte Johannesson die Todesurteile gegen Angehörige der Widerstandsgruppe Helgoland; diese Urteile wurden am gleichen Tag in Cuxhaven-Sahlenburg vollstreckt.« Der »Frankfurter Rundschau« sagte Knab: »Dieser Saustall, in dem die Wehrmacht glorifiziert wird, muss endlich ausgemistet werden.«

Alternative zur Transparenz

LobbyControl: AfD bekommt erneut Wahlkampfhilfe von millionenschwerer Tarnorganisation

Ein Verein macht massiv Wahlwerbung für die AfD. LobbyControl sieht das Transparenzgebot im Parteiengesetz durch einen Trick ausgehebelt.

Von Peter Nowak

»Schluss mit Bargeld« steht auf dem Band, mit dem ein Geldautomat gesperrt ist. Auf dem anderen Plakat sieht man eine weinende junge Frau, während im Hintergrund die Schatten junger Männer zu sehen sind. Darunter findet sich die Parole »Köln – Essen – Bochum – Düsseldorf – Mehr Sicherheit für unsere Frauen und Töchter«. Auf dem dritten Bild sieht man einen Betonpoller, auf dem ein Zettel »zum Festplatz« weist. »Wollen wir so leben?« lautet die Frage da-

runter. Und dann wird auf allen drei Postern zur Wahl der AfD aufgerufen.

Diese drei Motive stehen auf der Homepage des »Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten«, der in den letzten Wochen im Landtagswahlkampf von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen massiv Werbung für die Rechtsparterie gemacht hat. »Viele Freiwillige unterstützen die Verteilung des Extrablattes in NRW und Schleswig Holstein«, heißt es auf der Vereinshomepage. In dem zehnteiligen Blättchen werden die Top-Themen der rechten Szene massenhaft in die Bevölkerung verbreitet. »Kippt auch bald ihr Viertel?« und »Die Asylindustrie – ein Milliarden-geschäft«, lauten zwei der Artikelüberschriften.

Bereits bei den Landtagswahlen in Berlin, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat eine »Vereinigung zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten« mit Wahlplakaten und Postwurfsendungen massiv für die AfD geworben. Am 21. September 2016 transformierte sich die lose Vereinigung zu einem Verein mit Sitz in Stuttgart. Vorsitzender und Sprecher ist David Bendels, der zunächst einen »Konservativen Aufbruch« in der CSU gründete und als dessen Sprecher in die ARD-Talkshow Maischberger eingeladen wurde. Doch seine rechten Thesen sorgten selbst in der CSU für Unmut. Im Juni 2016 verließ Bendels die CSU und hat nun in dem Verein, der seine politische und konfessionelle Unabhängigkeit betont, eine

neue politische Wirkungsstätte gefunden.

Für die NGO LobbyControl, die sich für mehr Transparenz in Gesellschaft und Politik einsetzt, ist die scheinbare parteipolitische Unabhängigkeit ein Trick, mit der das Transparenzgebot des Parteiengesetzes durch eine millionenschwere Tarnorganisation ausgehebelt wird. Während Direktspenden an Parteien ab 10 001 Euro offengelegt werden müssen, können die Financiers des Vereins anonym bleiben. Darauf legen gerade Spender aus der Wirtschaft Wert, die kein Interesse haben, dass ihre Unterstützung für die Rechtsparterie öffentlich wird. »Die AfD kann nicht so tun, als ginge sie die intransparente Wahlwerbung nichts an. Dafür sind die Verbindungen zwischen dem

Verein und der AfD zu eng«, kritisiert Ulrich Müller von LobbyControl. Er verweist auf die ausführlichen Interviews zahlreicher AfD-Politiker in den Materialien des Vereins. Zudem sei der Verein in der Anfangszeit von einem AfD-Mitglied vertreten worden.

Auch David Bendels unterhalte enge Verbindungen in die Partei, betont Müller. So sei dieser in der letzten Woche gemeinsam mit dem AfD-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl Alexander Gauland bei einer AfD-Veranstaltung im hessischen Büdingen aufgetreten. Tatsächlich dürfte der Verein schon seinen Groß-einsatz für die Bundestagswahl vorbereiten. Dann könnte die gesamte Republik mit der von Unbekannten gesponserten rechten Propaganda überschwemmt werden.